

Das Recht auf gleiche Bildungschancen ist nicht verhandelbar – Für das Recht auf eine Schule für alle in Berlin!

Gemeinsame Stellungnahme der gewählten Mitglieder des Landesbeirats, des Migrationsrats Berlin e.V. und des Flüchtlingsrats Berlin zur Sonderbeschulung von geflüchteten Kindern in LAF-Unterkünften in Berlin

Die gewählten Mitglieder des Landesbeirats für Partizipation, der Migrationsrat Berlin e.V. und der Flüchtlingsrat Berlin schließen sich dem [Beschluss des Berliner Landesbeirats für Partizipation zur Bildungsgerechtigkeit für geflüchtete Kinder und Jugendliche](#) vom 16. April 2024 an.

In seinem Beschluss ruft der Landesbeirat die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) sowie die Mitglieder des Senats dringend dazu auf, die unter Senatorin Günther-Wünsch Anfang 2024 eingeführte Sonderbeschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in Erstaufnahmeeinrichtungen und LAF-Unterkünften sowie der Unterkunft in Tegel zu beenden und stattdessen schnellstmöglich partizipative Maßnahmen zu entwickeln, damit geflüchtete Kinder und Jugendliche Zugang zu gleichen Bildungschancen erhalten und in Regelschulen beschult werden können, wie es ihnen durch das Berliner Schulgesetz und die UN-Kinderrechtskonvention sowie das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) zusteht.

Berlin ist eine Stadt der Vielfalt, in der Partizipation großgeschrieben wird

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und der gesamte Senat müssen sicherstellen, dass vor allem institutionelle Chancenungleichheiten mit der Sonderbeschulung, die ausschließlich geflüchtete Kinder betreffen, abgebaut werden. **Die Sonderbeschulung ist eine deutliche Absage an das Versprechen der Chancengleichheit.** Diese politische Stoßrichtung der strukturellen Desintegration entspricht nicht dem Anspruch des LADG, das 2020 in Kraft getreten ist. Stattdessen verstärkt sie institutionelle Diskriminierung für ohnehin vulnerable und traumatisierte Gruppen wie geflüchtete Kinder, Jugendliche und ihre Familien.

«Es ist erschreckend, dass statt eines verbesserten Zugangs zum Schulsystem Sonderbeschulungen in Massenunterkünften wie in Tegel eingeführt werden. Das Ziel muss sein, Kinder aus den schwierigen Unterkünften ohne kindgerechte Strukturen herauszuholen und sie nicht in Sonderschulen den ganzen Tag einzuschließen», sagt **Alina Lange**, gewähltes Mitglied des Landesbeirats für Partizipation.

«Das ist diskriminierend und unzumutbar. Geflüchtete Kinder haben – wie alle jungen Menschen – das Recht auf zukunftsfähige und diskriminierungsfreie schulische Bildung und damit auch das Recht auf Teilhabe am regulären Schulalltag. Der Senat riskiert durch die diskriminierende Ungleichbehandlung den Bildungserfolg der Kinder und verzögert und verschlechtert mit jedem Tag ihre Chancen auf gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben», fügt **Ed Greve** vom Migrationsrat Berlin e.V. hinzu.

Deshalb lehnen die gewählten Mitglieder des Landesbeirats für Partizipation, die den Berliner Senat zu Fragen der Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte beraten, der Migrationsrat Berlin e.V. als Dachverband von annähernd 90 Migrant:innen-Selbstorganisationen und der Flüchtlingsrat Berlin als Organisation, die sich für die Menschenrechte und den Schutz von Geflüchteten in Berlin und deutschlandweit einsetzen, die aktuellen bildungspolitischen Maßnahmen und Pläne der Bildungsver-

waltung kategorisch ab, Sonderbeschulungen in menschenunwürdigen Erstaufnahmeeinrichtungen wie in Tegel oder in LAF-Unterkünften einzuführen.

«Die Problematik der Mangelbeschulung in Berlin ist ein strukturelles und altes Problem, das nicht durch rechtswidrige Segregation gelöst werden kann. Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte sind Orte, die als Übergangswohnheime konzipiert wurden und auch baulich nur so genehmigt werden. Geflüchtete sollten dort keinesfalls dauerhaft wohnen bleiben, geschweige denn beschult werden. Die Schulplatznot in Berlin bedarf nachhaltiger Lösungen, mit denen der Rechtsanspruch von allen Kindern auf gleiche Bildungschancen in Regelschulen gewährleistet wird», sagt **Emily Barnickel** vom Berliner Flüchtlingsrat.

Die unterzeichneten Organisationen fordern die Bildungsverwaltung und den Berliner Senat dazu auf, flächendeckende Maßnahmen lokal und verwaltungsübergreifend in Bezirken über beratende «Runde Tische» mit den verantwortlichen Akteur:innen zu entwickeln, die allen Kindern unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus, Zugang zur Beschulung in Regelschulen bieten. Das Recht auf Bildung für alle Kinder ist nicht vor dem Hintergrund von Kompetenzgerangel und Koalitionsstreit verhandelbar.

Es sollen dringend neue qualifizierte Lehrkräfte gewonnen werden, um dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken. Dafür bedarf es sowohl Qualifikationsangeboten als auch beschleunigter und vereinfachter Anerkennungen von Bildungsabschlüssen von Lehrkräften aus dem Ausland, und zwar unabhängig vom Herkunftsland. Fakt ist, dass auch ausgebildete Lehrkräfte nach Berlin migrieren und aufgrund der fehlenden gezielten Weiterqualifizierung nicht als Lehrer:innen eingesetzt werden können.

Bezirkliche und bezirksübergreifende Koordinationsebenen sollen zwischen Verwaltungen und Schulleitungen Vorschläge einbringen, die sich beispielsweise für Schichtbeschulungen und/oder Wochenendbeschulungen ausgesprochen haben. Eine langfristig innovative Lösung kann Schichtbeschulung sein, die pädagogisch von Fachexpert:innen weiterentwickelt und den Bedürfnissen und Interessen von Kindern und Familien angepasst werden.

Für das Recht auf gleiche Bildungschancen, das zu keiner Zeit verhandelbar sein darf, bedarf es innovativer und partizipativer Lösungen mit Geflüchteten- und anderen Migrant:innen-Selbstorganisationen!

Kontakt gewählte Mitglieder des Landesbeirats für Partizipation:

Alina Lange – Alina.Lange@Landesbeirat-Partizipation.Berlin und

Ceren Türkmen – C.Tuerkmen@Landesbeirat-Partizipation.Berlin

Kontakt Flüchtlingsrat Berlin e.V.:

Emily Barnickel – Barnickel@Fluechtlingsrat-Berlin.de

Kontakt Migrationsrat Berlin e.V.:

Ed Greve – Ed.Greve@Migrationsrat.de

Diese Stellungnahme wird unterstützt von (Stand 06.06.2024, 17:52, Liste wird online laufend aktualisiert):

1. Allianz Ukrainischer Organisationen e.V.
2. Amaro Foro e.V.
3. Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS) / Träger: LIFE e.V.
4. Ariba e.V. / POWER ME – Stärkung von Kindern gegen Rassismus
5. Ariba e.V. / ReachOut
6. ARTivisten e.V.
7. AuF – Anlauf- und Fachstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen und Kitas in Friedrichshain-Kreuzberg
8. Aufbruch Neukölln e.V.
9. Bedcon GmbH
10. Beirat für Partizipation und Integration Berlin-Lichtenberg
11. Beirat für Partizipation und Integration Berlin-Marzahn-Hellersdorf
12. Beirat für Partizipation und Integration Berlin-Mitte
13. Beirat für Partizipation und Integration Berlin-Spandau
14. Beirat für Partizipation und Integration Berlin-Tempelhof-Schöneberg (Vorstandsteam)
15. Berliner Netzwerk für besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen (BNS)
16. BQN – Zentrum für Diversitätskompetenz
17. Bund Ukrainischer Studenten in Deutschland e.V.
18. Canan Turan
19. CineMova Ukrainian Empowerment Network e.V.
20. Club Dialog e.V.
21. Communities Support for BIPOC Refugees Ukraine (CUSBU)
22. Europa GrenzenLos e.V.
23. Fellas for Europe e.V.
24. Flüchtlingsrat Brandenburg
25. Frauenkreise Berlin e.V.
26. Frauenrat Dest Dan e.V.
27. Frieda-Frauen*zentrum e.V.
28. GIZ – Gesellschaft für interkulturelles Zusammenleben gGmbH
29. GLADT e.V.
30. GUWBI – Gesellschaft für Urbane Wirtschaft, Beschäftigung und Integration e.V.
31. Hilfe für verletzte ukrainische Soldaten Berlin/Brandenburg
32. HÎNBÛN – Internationales Bildungs- und Beratungszentrum für Frauen und ihre Familien
33. Interaktiv e.V.
34. Jugend Neukölln e.V.
35. Kamerun Kultur Verein e.V.
36. KiDs- Kinder vor Diskriminierung schützen / Fachstelle Kinderwelten
37. KommMit e.V.
38. Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V. (KuB)
39. Kulturzentrum der Afghanen in Berlin e. V.
40. Kurdische Gemeinde zu Berlin e.V.
41. Mohammed El Ouahabi
42. Netzwerk Reproduktive Gerechtigkeit
43. Oromo Horn von Afrika Zentrum - Deutsch-Afrikanische Begegnungsstätte
44. OYA Kollektiv
45. Polnischer Sozialrat e.V.
46. Shyma Kiami
47. SOLWODI Berlin e.V.
48. Source d'Espoir e.V.
49. Space2grow
50. Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
51. Ukraine-Hilfe Berlin e.V.
52. Ukrainisch-Deutsche Freundschaft e.V.
53. Ukrainisch-Deutsches Zentrum für Bildung, Kultur, Entwicklung und Freizeit «AdlerA» e.V. i.G.

- 54. UkrDim e.V.
- 55. Verband für Interkulturelle Arbeit (VIA).
 - Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V.
- 56. Verein iranischer Flüchtlinge in Berlin e.V.
- 57. Xenion – Psychosoziale Hilfen für politische Verfolgte e.V.
- 58. YAAR e.V.
- 59. Zirkus Internationale e.V.